

Die Familie braucht einen neuen Stellenwert in der Politik : jetzt!

Autor(en): **Nause, Reto**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum**

Band (Jahr): **5 (2004)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-833118>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DIE FAMILIE BRAUCHT EINEN NEUEN STELLENWERT IN DER POLITIK: JETZT!

Reto Nause

Die Schweiz bewegt sich sukzessiv in Richtung einer Vier-Generationen-Gesellschaft: Im Laufe des letzten Jahrhunderts hat sich nicht nur die durchschnittliche Lebenserwartung verändert, sondern auch die Familienstruktur und die Qualität innerhalb der Familiengemeinschaft. Heute rücken die Demographen in unseren Breitengraden die steigende Lebenserwartung und das rapide Absinken der Fruchtbarkeit ins Zentrum: Dieses beträgt in der Schweiz rund 1,5 Kinder pro Frau. Die natürliche Erneuerung der Generationen ist damit nicht mehr gewährleistet.

Politik diskutiert vor allem Auswirkungen – nicht Ursachen

Jede Generation leistet heute einen konstruktiven Beitrag an unsere Gesellschaft. Dialog, Vertrauen und Respekt sind die Schlüsselwörter. Dreh- und Angelpunkt im Generationendialog ist nicht nur die «richtige» Familienpolitik; einige Parteien gehen nach wie vor von der Annahme aus, dass es an sich gar keine Familienpolitik brauche, weil das Sache der Privaten und nicht des Staates sei. Aufgrund der angespannten finanziellen Lage des Staatshaushalts wird die familienpolitische Diskussion heute aber verdrängt: Beispielsweise durch die Frage der Finanzierbarkeit unserer Sozialwerke. Medienwirksam wird in der Politik deshalb vorab über Auswirkungen und nicht über Ursachen diskutiert. Ein profunder Generationendialog muss von Fakten ausgehen.

Zahlen und Fakten zur Familie

Heute leben 46% der Menschen in der Schweiz in einer Familie. Es werden immer weniger. 30% der Paare bleiben kinderlos. Auch diese Tendenz steigt. Ein Drittel der Menschen sind allein stehend. Die Scheidungsrate liegt im Durchschnitt über 40%. Seit Anfang der 70-er Jahre hat diese Zahl ständig zugenommen. Nach wie vor ist die Zahl der Eheschliessungen rückläufig.

Der Lebensstandard sinkt mit jedem (zusätzlichen) Kind. Jüngere Studien beziffern die Kosten für ein erstes Kind auf durchschnittlich 1500 Franken pro

Monat. Mittelständische Familien haben in den vergangenen zehn Jahren rund 10% ihrer Kaufkraft eingebüsst (Krankenkassenprämien, Gebühren). Eine Mehrheit der Mütter ist heute berufstätig. Nur 23% aller Mütter mit Kindern unter zehn Jahren sind nicht (auch nicht teilweise) erwerbstätig. Es gibt eine Kinderkrippe auf rund 600 Kinder. Heute benützen rund 16% der Haushalte das Angebot von Kinderkrippen, Tageskindergärten oder Tagesschulen. 15% geben ihre Kinder einer Tagesmutter oder in eine Pflegefamilie. Bei jedem zehnten Kind springen Bekannte oder Nachbarn ein. Daneben greifen die Familien auf vielfältige weitere Betreuungsformen wie externer Mittagstisch, Nachschulbetreuung, Engagement einer Kinderfrau und vor allem auch auf Verwandte zurück. Trotz allem: Es ist für die Schweiz eine Tatsache, dass 40% aller Kinder bis fünfzehn Jahre (vor allem Schulkinder) während der Erwerbstätigkeit der Eltern unbetreut bleiben.

Eltern von mehr als 250'000 Kindern erhalten keine Familienzulagen. In der Schweiz erlebt rund jedes zehnte Kind, dass seine Eltern von der Sozialhilfe unterstützt werden. Den Familien in unserem Land kommen jedes Jahr rund 7,3 Milliarden Franken in Form von Kinderzulagen, Steuerabzügen oder Bedarfsleistungen zu Gute. Auf der anderen Seite wird der gesamtwirtschaftliche Wert der unbezahlten Familienleistungen auf rund 35% des Bruttoinlandproduktes geschätzt. Dies entspricht einem jährlichen Volumen von bis zu 150 Milliarden Franken. Die Transferzahlungen machen im Verhältnis dazu gerade mal 5% aus. Anders formuliert: Jede Unterstützungsmassnahme für die Familien bedeutet eine klare Investition in die Zukunft!

Warum wird nicht mehr getan?

Man mag sich fragen, warum unter diesen Vorzeichen für die Familien nicht mehr getan wird, um die aufgezeigten Trends zu brechen. Die Antworten sind hier nicht immer leicht und finden vorab in den Familienbildern der Parteien ihre Ursache.

Analysiert man das FDP-Familienprogramm, so stellt man fest, dass es sich primär um ein Gleichstellungsprogramm zugunsten der Frauen handelt und nicht um ein familienpolitisches Programm. Es gibt eine ganz klare Betonung zugunsten der beruflichen Eingliederung der Frauen in die Erwerbswelt. Die Bedürfnisse der Familie sind dabei den Bedürfnissen der Wirtschaft untergeordnet. Die Rolle des Staats in dieser Konzeption ist primär das Ermöglichen der Erwerbsarbeit.

Auch für die SP ist die Erwerbsintegration der Mütter vorrangig. Im Zentrum der Konzeption steht die Frau. Auffallend ist, dass die Annäherung an die Familie auf einem individualistischen Ansatz beruht. Das Selbstbestimmungsrecht und die Autonomie der Erwachsenen stehen im Vordergrund. Für die SP existiert die Familie als eine Art «Wohngemeinschaft einander gleich gestellter Personen». Ihre Familienpolitik richtet sich stark auf die Bedürfnisse Alleinerziehender aus.

Die Familienpolitik der SVP stellt die elterliche Verantwortung ins Zentrum: Implizit wird eine Kritik geäußert, wonach die Eltern ihre Erziehungsverantwortung nicht mehr genügend wahrnehmen und sie an den Staat übertragen. Im Vordergrund stehen steuerliche Entlastungen für Familien. Die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie lehnt die SVP ab.

Die CVP stellt die Leistungen, welche Familien für sich selbst und für die gesamte Gesellschaft erbringen, in den Vordergrund. Damit Familien ihre Leistungen erbringen können, sind staatliche Rahmenbedingungen notwendig: Sie werden in der Folge skizziert.

Was ist zu tun?

Der Generationendialog wird dann fruchtbar sein, wenn die Familienpolitik im Vordergrund steht und sich an den Leistungen und Bedürfnissen aller orientiert: Der Kinder, der Eltern und der Grosseltern.

An erster Stelle braucht es die Anerkennung des Staates für die Erziehungs- und Betreuungsleistungen der Familien. Diese darf nicht nur verbal sein, sondern muss sich auch finanziell auswirken. Erstens bedeutet dies Steuerermässigungen (Kinderabzüge, Ausbildungsabzüge, etc.). Steuerabzüge für die Betreuung von pflegebedürftigen Personen im eigenen Haushalt sind ein wichtiges Element. Zweitens müssen erwerbstätige Familien mit tiefen Einkommen in den Genuss von Ergänzungsleistungen kommen: Diese bekämpfen gezielt die Familienarmut, sichern bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit der Kinder ein minimales Einkommen und Familien mit Kleinkindern ein genügendes Einkommen. Nur dann haben die Mutter oder der Vater mehr Zeit für das Kind. Drittens sind die Familienzulagen zu harmonisieren und mit Mindeststandards zu versehen: Das bedeutet eine Kinderzulage für Kinder bis sechzehn Jahre von monatlich mindestens 200 Franken und von 250 Franken für Jugendliche in Ausbildung.

Unterstützung für die Eltern

Nach wie vor werden verheiratete Eltern im schweizerischen Steuersystem diskriminiert. An sich ist dieser Zustand verfassungswidrig. Er muss so rasch als möglich beseitigt werden.

Die Anerkennung der Erziehungs-, Familien- und Freiwilligenarbeit und die Berücksichtigung dieser Qualifizierung beim Wiedereinstieg ins Erwerbsleben sind für die Eltern von zentraler Bedeutung. Es gibt Modelle, welche die Qualifikationen, die eine Person in ausserberuflichen Bereichen erwirbt, bei einer Anstellung berücksichtigen.

Unterstützung für die Grosseltern

Der Wandel der Gesellschaft und der Wohnformen führt im Alter zunehmend zu einer Diskriminierung beim Rentenbezug. Verheiratete Paare erhalten nach wie vor nur 150% AHV-Rente, unverheiratete Paare im Rentenalter jedoch 200%. Die aktuelle rein vom Zivilstand abhängige Ausgestaltung der AHV-Renten ist eine Diskriminierung der verschiedenen Lebensformen, welche sich nicht rechtfertigen lässt.

Schutz und Perspektiven für Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche haben ein besonderes Recht auf körperliche Unversehrtheit, Schutz und Unterstützung. Ihr Schutz vor Gewalt im Alltag, auf dem Schulplatz und auf dem Schulweg ist vordringlich. Die Verkehrsicherheit muss sich an den Schwächsten – den Kindern – orientieren. Integrationsprogramme für Kinder ausländischer Herkunft sind ein vorrangiges Präventionsprogramm gegen Jugendgewalt. Die bessere Verankerung der Lehrlingsausbildung in der Verfassung und die Bevorzugung von Lehrstellenanbietern bei öffentlichen Aufträgen und den Steuern ist gerechtfertigt und im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit notwendig: Wenn bei der jüngsten Generation die Perspektiven für die Zukunft verloren gehen, dann wird der geltende Generationenvertrag am schnellsten brüchig!